

Presseerklärung



Frauen Union

Stuttgart, den 17. November 2013

Bundesdelegiertentag der Frauen Union 2013: „Morgen beginnt heute!“ Widmann-Mauz als stellvertretende Bundesvorsitzende im Amt bestätigt

Aktuell findet vom 16. Bis 17. November 2013 der 30. Bundesdelegiertentag der Frauen Union in Ludwigshafen unter dem Motto „Morgen beginnt heute!“ statt. Auf dem Programm stand bislang u. a. die Wahl des Bundesvorstands. Dabei wurde Prof. Dr. Maria Böhmer MdB, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, wieder als Bundesvorsitzende im Amt bestätigt. Besonders erfreulich aus baden-württembergischer Sicht ist, dass die Vorsitzende der Frauen Union Baden-Württemberg, die Tübinger Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB, mit hervorragenden 90,41 Prozent erneut zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt wurde.

Annette Widmann-Mauz, aktuell Verhandlungsführerin der Union für Frauen-, Familien- und Gleichstellungspolitik in den Berliner Koalitionsverhandlungen, hierzu:

„Ich freue mich über dieses tolle Ergebnis. Politik für und mit Frauen ist mir eine Herzensangelegenheit. Egal ob hier in Ludwigshafen, aktuell in den Berliner Koalitionsverhandlungen oder zuhause im Tübinger Wahlkreis – für die Belange der Frauen kämpfe ich aus Überzeugung. Denn gläserne Decken, Entgeltungleichheit und die Benachteiligung von Müttern auf dem Arbeitsmarkt und in der Alterssicherung müssen endlich der Vergangenheit angehören.“

In den Bundesvorstand der Frauen Union wurden aus Baden-Württemberg zudem die Rottenburgerin Monika Bormann mit 75,00 Prozent der Stimmen sowie die Fellbacherin Roswitha Schenk mit 64,53 Prozent der Stimmen gewählt.

Die insgesamt 360 Delegierten debattierten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, u. a. mit dem Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Alt, der Präsidentin des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie, Margret Suckale sowie der Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer MdL, neben Widmann-Mauz eine der vier weiteren stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Frauen Union der CDU Deutschlands.

Am Sonntag wird der Leitantrag, die sogenannten Ludwigshafener Impulse der Frauen Union mit dem Titel „Heute, morgen – und dann? Wie wollen wir 2033 leben? Was ist heute für morgen zu tun?“, verabschiedet werden. Darin fordern die Frauen u.a. einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit und Rückkehrrecht in

**Parl. Staatssekretärin
Annette Widmann-Mauz MdB
Landesvorsitzende**

**Frauen Union der CDU
Baden-Württemberg**
Hasenbergstraße 49b
70176 Stuttgart
Telefon 0711 66904 25
Telefax 0711 66904 28
<http://www.fu-bw.de>

miriam.schmid@cdu-bw.de

The logo for the CDU (Christian Democratic Union) in Germany, featuring the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font on a light grey rectangular background.

Vollzeit, die ausgewogene Besetzung von Tarifkommissionen mit Männern und Frauen, mehr Flexibilität beim Elterngeld und Elternzeit, einen Krankentagegeldschutz für schwangere Selbstständige, die Stärkung der Pflege sowie eine leistungsgerechte Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern.

Auf der Tagesordnung steht ebenfalls das Thema Zwangsprostitution, das derzeit in den Berliner Koalitionsverhandlungen mit hoher Priorität behandelt wird. Dem Antrag „Menschenhandel und Zwangsprostitution wirksam bekämpfen“ zufolge sollen ein Prostitutionsregulierungsgesetz eingeführt, Freier, welche die Zwangslage des Opfers vorsätzlich ausnutzen, bestraft sowie Straftatbestände zum Menschenhandel entsprechend überarbeitet werden. Die Frauen wollen damit ein starkes Signal in die Hauptstadt senden, damit dies im Koalitionsvertrag berücksichtigt wird.

Annette Widmann-Mauz sagt hierzu: „Es kann und darf nicht sein, dass es in Deutschland einfacher ist, ein Bordell zu eröffnen, als eine Frittenbude zu betreiben. Wir müssen den Frauen, nicht den Freiern und Menschenhändlern größtmöglichen Schutz bieten. Mit dem Prostitutionsgesetz der rot-grünen Bundesregierung von 2002 wurde Deutschland europaweit zum Ziel- und Transferland für Zuhälter und Menschenhändler. Dem muss nun endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Rot-Grün hat das im September noch verhindert, als sie ihre Mehrheit im Bundesrat nutzten und ein von der Union und der FDP zuvor im Bundestag verabschiedetes Gesetz aus wahltaktischen Spielchen zu Fall brachten.“